



2. April 2012

Rechnung 2011: Kontrolliertes Wachstum der öffentlichen Leistungen in Übereinstimmung mit den Erträgen

(IVS).- Bei einem Aufwand- und Ertragsvolumen von je 3,1 Milliarden Franken weist die Laufende Rechnung 2011 des Kantons Wallis einen Ertragsüberschuss von 6,9 Mio. Franken aus. Vor Verbuchung der ordentlichen und zusätzlichen Abschreibungen in der Höhe von 143,7 Mio. bzw. 118,1 Mio. Franken beläuft sich die Selbstfinanzierungsmarge (Cashflow) aus der Laufenden Rechnung auf 268,7 Mio. Franken, was 43,3 Mio. mehr sind als budgetiert.

Die Investitionsrechnung weist Bruttoausgaben von 532,2 Mio. Franken und Einnahmen von 304,1 Mio. Franken aus. Die Nettoinvestitionen belaufen sich somit auf 228 Mio. Franken.

Die Nettoinvestitionen sind vollständig durch die Selbstfinanzierungsmarge aus der Laufenden Rechnung gedeckt. Es resultieren ein Finanzierungsüberschuss von 40,7 Mio. Franken und ein Selbstfinanzierungsgrad von 117,8%.

Wie bereits in den letzten Jahren präsentiert die Walliser Regierung einen Finanzierungsüberschuss, der über den Erwartungen des Budgets liegt.

Dies ist auf die gewissenhafte Umsetzung der Ausgaben- und Schuldenbremse zurückzuführen, die während des gesamten Jahres eine strikte Einhaltung der budgetierten Ausgaben bedingt, um jegliches Risiko zu vermeiden. Höhere Einnahmen führen in diesem System logischerweise zu einem besseren Rechnungsabschluss.

Dies ist bei der Rechnung 2011 der Fall. Das Jahr war geprägt von einer günstigen Konjunktorentwicklung, was sich in der Staatsrechnung in Form eines deutlich höheren Betriebsertrags niederschlägt. Parallel dazu entwickelte sich der Betriebsaufwand gemäss Budget.

Rechnung 2011 gemäss Budget ausgeglichen, zukunftsorientiert und verantwortungsbewusst

Wie bereits erwähnt, **ist die Rechnung 2011 ausgeglichen** und die Ausgaben- und Schuldenbremse wird eingehalten.

Aus der Rechnung 2011 geht hervor, dass das Ziel eines zukunftsorientierten Budgets eingehalten werden konnte. Mit einem hohen Investitionsniveau trug die Regierung zur Erhaltung und Verbesserung der Infrastrukturen bei. Die Nettoinvestitionen 2011 liegen mit 228 Mio. Franken zwar unter dem Niveau von 2010 (-9,1 Mio. bzw. - 3,8%), jedoch über dem Niveau der vorangehenden Jahre.



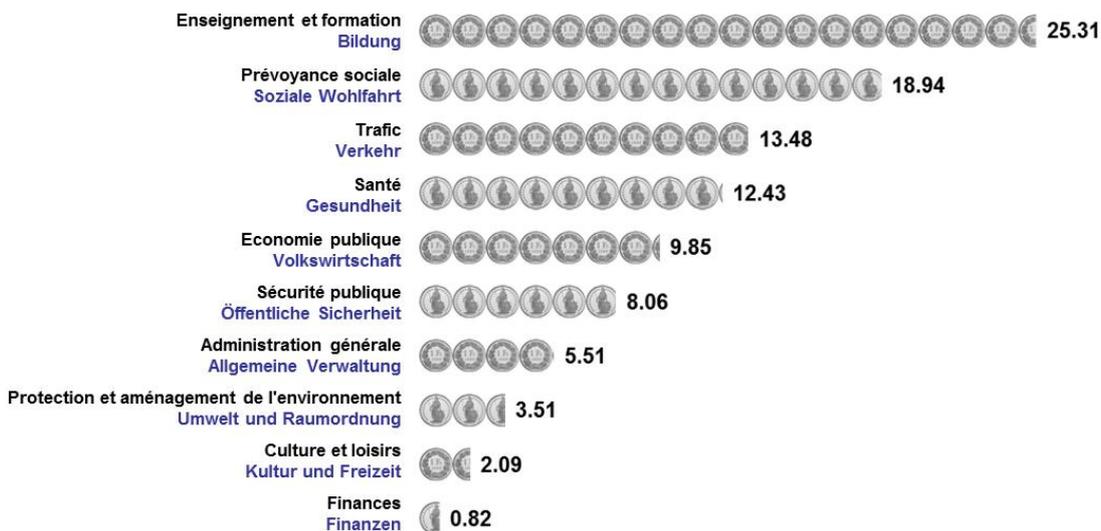
Es gilt zu beachten, dass das Investitionsvolumen im Jahr 2010 einen absoluten Rekord darstellte.

Ein Element dieses zukunftsorientierten Handelns war die Schaffung des Fonds zur Finanzierung der Infrastrukturgrossprojekte des 21. Jahrhunderts, welcher vom Parlament in der Septembersession 2011 beschlossen worden war. Dieser Fonds ermöglicht strategisch wichtige Investitionen, die sich aufgrund ihres Umfangs von mehreren Hundert Millionen Franken nicht im Rahmen eines Jahresbudgets umsetzen lassen. Der Fonds startete mit einer anfänglichen Speisung von 300 Mio. Franken. Im Budget 2011 war ausserdem eine Speisung in der Höhe von 29 Mio. Franken vorgesehen. Die Regierung ging jedoch weiter und wies dem Fonds zusätzliche 20 Mio. Franken zu, dies gemäss den Bestimmungen des neuen Gesetzes, wonach der Ertragsüberschuss der Staatsrechnung ganz oder teilweise in den Fonds fließen kann, sofern dies nicht zu einem Finanzierungsfehlbetrag in der Rechnung führt.

Die in der Rechnung 2011 ausgewiesenen zusätzlichen Abschreibungen in der Höhe von 118,1 Mio. Franken zeugen ebenfalls von einer zukunftsorientierten Politik. Diese beruhen auf Artikel 14 des Gesetzes über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle und erlauben es, den Druck der Ausgabenbremse in den kommenden Jahren dank tieferer Abschreibungen zu mindern.

Das im Budget 2011 proklamierte **Verantwortungsbewusstsein** wurde konkret umgesetzt, indem das Leistungsniveau für die Bevölkerung nicht nur beibehalten, sondern punktuell sogar erhöht werden konnte. Die Regierung verfolgte ausserdem die im Wirtschaftsunterstützungsprogramm 2009 vorgesehenen Massnahmen weiter und investierte dafür weitere 6 Mio. Franken.

Jedes Mal, wenn der Staat im Jahr 2011 100 Franken ausgab, wurden diese wie folgt verwendet (Bruttoausgaben):



Die Bruttoverschuldung des Kantons belief sich am 31. Dezember 2011 auf 1,94 Milliarden Franken und nahm damit gegenüber dem Vorjahr um 33 Mio. Franken zu. Die Nettoverschuldung, die seit der Rechnung 2007 negativ ist, stellt ein «Nettovermögen» von 188,1 Mio. Franken dar, was 602 Franken pro Einwohner entspricht. Die Nettoverschuldung ging gegenüber dem Vorjahr um 40,7 Mio. Franken zurück, was auf den Finanzierungsüberschuss zurückzuführen ist.

2011 ist das zweitletzte Jahr der Legislaturperiode 2009-2012. Die finanzielle Bilanz des Kantons Wallis für diese Legislaturperiode sieht gut aus. Die Konjunktur war auf globaler und nationaler Ebene von zahlreichen Grossereignissen geprägt, man denke nur an die Börsenkrise, die Eurokrise oder die Staatsschuldenkrise. Trotzdem gelang es der Walliser Regierung, ihre Ziele zu konkretisieren, nämlich:

- hohes Investitionsniveau zur Unterstützung der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts sowie zur Schaffung moderner Infrastrukturen;
- Entwicklung der öffentlichen Leistungen im Einklang mit der Entwicklung der Einnahmen;
- attraktive Steuerpolitik;
- Wahrnehmung einer sozialpolitischen Rolle zur Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts;
- Verbesserung der finanziellen Situation der Vorsorgekasse.

Die Zukunftsaussichten im Bereich der kantonalen Finanzen sind allerdings getrübt. Das Einnahmenwachstum der letzten Jahre verlangsamt sich, insbesondere aufgrund der zeitverschobenen Auswirkungen der Börsenkrise auf den interkantonalen Finanzausgleich und des sinkenden Anteils am Nationalbankgewinn. Auch bei den Steuereinnahmen ist aufgrund der Begrenzung des Zweitwohnungsbaus und des damit geschaffenen neuen wirtschaftlichen Umfelds noch vieles ungewiss.

Die Entwicklung der Ausgaben in demselben Masse zu verlangsamen wie die Entwicklung der Einnahmen ist angesichts der steten Zunahme der Leistungskosten, des grossen Drucks im Zusammenhang mit der neuen Pflegefinanzierung und der Tendenz des Bundes, sich immer mehr aus der Finanzierung zurückzuziehen, ein schwieriges Unterfangen.

Die Regierung wird ihre verantwortungsbewusste und zukunftsorientierte Finanzpolitik unter Berücksichtigung der allgemeinen Situation und des finanziellen Gleichgewichts des Staates weiterverfolgen.

Hinweis an die Redaktionen

***Für weitere Auskünfte wenden Sie sich bitte an:
Staatsrat Maurice Tornay, Vorsteher des Departements für Finanzen,
Institutionen und Gesundheit (Tel. 027 606 50 05).***